

### **1. Haben Sie einen direkten Bezug zur Landwirtschaft?**

Ja, diesen Bezug habe ich. Ich bin aufgewachsen auf dem Bauernhof meines Großvaters, der auch heute noch existiert. Mein Großvater war führendes Mitglied in der örtlichen Molkereigenossenschaft und meine Mutter war in der Milchannahmestelle beschäftigt.

### **2. Kaufen Sie regional ein?**

Ja, ich kaufe überwiegend regional ein. In meiner Heimatstadt findet zweimal die Woche ein gut sortierter Wochenmarkt, mit überwiegend regionalen Produkten, statt. Darüber hinaus bin ich überzeugter Konsument der Marke „von hier“ der Feneberg-Gruppe.

#### **2.1. Wenn ja, wie oft und wo?**

Da ist mit meiner Antwort oben schon alles gesagt.

### **3. Wie definieren Sie einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb?**

Ein Familienbetrieb ist ein landwirtschaftlicher Betrieb, in dem die Familienmitglieder die meisten der erforderlichen Ressourcen (Land, Gebäude, Kulturen, Tiere, Maschinen, Wissen, Netzwerke usw.) kontrollieren und die meiste, wenn nicht die gesamte Arbeit leisten. In der EU mit 174 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Flächen (Großbritannien noch eingerechnet) sind rund 97% der insgesamt 12,25 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe als Familienbetrieb klassifiziert.

### **4. Wie sehen Sie den Stellenwert der deutschen Landwirtschaft in der Gesellschaft?**

Die Landwirtschaft und der vor- und nachgelagerte Bereich werden als Wirtschaftsfaktor unterschätzt. Die deutsche Land-, Forstwirtschaft und Fischerei erzielte 2018 einen Produktionswert von 58,8 Mrd. Euro. Das ist erheblich mehr als der Produktionswert des gesamten deutschen Textil-, Bekleidungs- und Schuhgewerbes mit 23,4 Mrd. Euro, des Papiergewerbes mit 39,9 Mrd. Euro oder der pharmazeutischen Industrie mit 41,4 Mrd. Euro.

#### **4.2. Was werden Sie persönlich dafür tun, um den Stellenwert der Landwirtschaft in der Gesellschaft zu verbessern?**

Die Landwirtschaft muss wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Wir alle essen jeden Tag. Und wünschen uns regionale Produkte und aus vorbildlicher Tierhaltung. Aber diejenigen, die diese Lebensmittel erzeugen, unsere Kulturlandschaft pflegen und für Naturschutz und Artenvielfalt einstehen, werden oft an den Pranger gestellt.

### **5. Wie schätzen Sie die Belastung auf Landwirtinnen und Landwirte ein, die aus der Bürokratie und agrarpolitischen Maßnahmen resultiert?**

Deutschland und Bayern ersticken im Bürokratiewust. Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften regeln alles bis ins letzte Detail. Für die Wirtschaft entstehen dadurch jährlich Kosten in Milliardenhöhe, die auch an die Verbraucher weitergegeben werden müssen. Für unsere landwirtschaftlichen Betriebe v.a. fordern wir: ein „Draufsatteln“ bei Umsetzung von EU-Normen und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Der Gesetzgeber soll sich bei der Umsetzung von EU-Normen in das nationale Recht auf eine strikte 1:1-Umsetzung beschränken. Ein „Draufsatteln“ durch verschärfte Grenzwerte oder zusätzliche Einspruchsfristen o.ä. verschlechtert die Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft. Generell muss beachtet werden, dass die Bürokratiekosten einer Gesetzgebungsmaßnahme nicht außer Verhältnis zu dem Vorteil aus deren Bestehen ist.

#### **5.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um Präventions- und Unterstützungsangebote bei Depression, Angst und Burnout für Landwirtinnen und Landwirte zu schaffen?**

In Bayern gibt es bereits zahlreiche Angebote, die hier Unterstützung anbieten: die

landwirtschaftliche Familienberatung, BBV und SVLFG. Für akute Fälle gibt es eine Krisenhotline der SVLFG .

**6. Priorisieren Sie folgende Begriffe: Wirtschaft, Gesundheit, landwirtschaftliche Nutzflächen, bezahlbarer Wohnraum, Herkunft/Religion, Luxusgüter, CO2-Reduktion, regionale Produkte**  
Wirtschaft, Gesundheit, landwirtschaftliche Nutzflächen, bezahlbarer Wohnraum, CO2-Reduktion, regionale Produkte, Luxusgüter, Herkunft/Religion

**7. Wie kann die deutsche Landwirtschaft Ihrer Meinung nach besser an der Wertschöpfungskette teilnehmen?**

Wir brauchen einen fairen Wettbewerb auf Augenhöhe im Landwirtschaftssektor der EU. Dazu gehört an erster Stelle, dass wir EU-weit einheitliche Regelungen schaffen, egal ob beim Thema Tiertransporte, bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln oder bei der Messung der Gewässerbelastung

**8. Wie viel Anteil an Ökologischen Betrieben braucht es Ihrer Meinung nach?**

Ob ein landwirtschaftlicher Betrieb ökologisch produziert oder konventionell soll die freie Entscheidung des landwirtschaftlichen Unternehmers/der landwirtschaftlichen Unternehmerin sein. Wenn wir eine flächendeckende Landwirtschaft durch möglichst viele nachhaltig wirtschaftende bäuerliche Familienbetriebe wollen, dann müssen wir die gesamte bayerische Landwirtschaft unterstützen.

Nicht nur die Öko- Betriebe sondern auch die Konventionellen Betriebe.

**9. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Deutschland?**

Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln muss reduziert werden – aber nicht durch unsinnige Verbote, sondern mit Vernunft und mehr Offenheit modernen Technologien gegenüber. Nachhaltigkeit heißt für uns auch in Generationen denken und langfristig planen. Beim Thema Nachhaltigkeit sollten wir deshalb auch an die Investitionen denken, die unsere Landwirte tätigen.

**9.1. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Europa?**

Die EU- Agrarpolitik ist auf jeden Fall grundsätzlich reformbedürftig ist, aber wir sollten nicht wieder nur Flickschusterei betreiben sondern die Reform sinnvoll gestalten: einheitliche Standards für alle Mitgliedsstaaten - aber die Entscheidungsspielräume sinnvoll gestalten und regionalisieren. Zudem sollten v.a. sanktionsbewehrte Maßnahmen wirklich sanktioniert werden!

Der Agrarhaushalt macht immerhin 40% des gesamten EU Haushalts aus - 2023 sind es 53,6 Mrd €.

**9.2 Wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie? 10. Brauchen wir eine klimaneutrale Landwirtschaft?**

**10.2 Wenn ja, welche Maßnahmen braucht es Ihrer Meinung nach dafür?**

**10.3. Wer soll die Kosten für diese Maßnahmen tragen?**

Wir wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren und geographisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld und wer CO2 speichert, muss dafür Geld erhalten. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 verpflichtet. Dieses Ziel können wir durch ein striktes und jährlich sinkendes CO2-Limit in einem umfassenden Emissionshandelssystem zuverlässig erreichen. Es sollte jedoch regelmäßig auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Sachstandsberichten des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change) evaluiert werden. Sollte Klimaneutralität in der EU in dem Zuge bereits frühzeitiger angestrebt werden, kann der

Emissionshandel die Zielerreichung durch Anpassung des Senkungspfads weiterhin garantieren.

#### **10.4 Soll die nicht-landwirtschaftliche Gesellschaft an den Kosten für die Maßnahmen beteiligt werden?**

Die Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Lösung beim Klimawandel. Wir wollen der Land- und Forstwirtschaft die Anpassung an Klimaveränderungen erleichtern. Dazu setzen wir auf Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen es den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ermöglichen, mit steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklagen in guten Jahren besser für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorzusorgen. Auf diese Weise werden sie unabhängiger von staatlichen Notprogrammen.

#### **11. Sollten Ihrer Meinung nach die Arbeit und Leistungen der Landwirtschaft hinsichtlich CO<sub>2</sub> – Kompensation honoriert werden und wenn ja, wie?**

Die Land- und Forstwirtschaft betreibt seit Jahrtausenden Klimaschutz, indem sie Kohlenstoff im Boden und in der Biomasse bindet. Diese Klimaschutzleistung muss angemessen honoriert werden. Die FDP hat im Landtag vor zwei Jahren bereits gefordert, eine CO<sub>2</sub>-Bindungsprämie für Forstbetriebe und Waldbesitzer einzuführen, um die Klimafunktion des Waldes angemessen zu vergüten. Finanziert werden soll diese aus den Einnahmen des Energie- und Klimafonds. Analog dazu müssen auch die Klimaschutzleistungen landwirtschaftlicher Betriebe honoriert werden.

#### **12. Welche Auswirkungen/Folgen hat Ihrer Meinung nach Dauergrünland?**

Dauergrünland/Grünland ist die Grundlage der Milcherzeugung. Die Milchproduktion und Rinderhaltung ist nach wie vor Hauptprodukt der bayerischen Landwirtschaft und Standbein vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Hinzu kommt aus Sicht des Natur- und Klimaschutzes: Dauergrünland speichert CO<sub>2</sub>, enthält häufig viel Humus und trägt zum Erhalt der Artenvielfalt bei.

Ein Grünlandumbruch führt zu einer Freisetzung von CO<sub>2</sub>, Nitrat und Lachgas. Die FDP hat sich im Bund bereits im Jahr 2020 dafür eingesetzt, dass dieses unsinnige Umpflügen des Dauergrünlands beendet wird.

#### **13. Wie wollen Sie die Landwirtschaft im Bereich der Erneuerbaren Energien wieder stärker einbinden?**

siehe Frage 14

#### **14. Weg von den fossilen Energieträgern hin zu regenerativen Energien – inwiefern kann in Ihren Augen die Landwirtschaft hier einen Beitrag leisten?**

Aufgrund der Volatilität von Wind- und Sonnenenergie halten wir einen Ausbau auf 100 % Erneuerbare für unrealistisch. Wir sind überzeugt, dass wir zur Sicherstellung der Energieversorgung mittelfristig nicht komplett auf fossile Energieträger verzichten können. Wir wollen die Rolle der Landwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig, der vielseitig nutzbare Rohstoffe für die Bioökonomie bereitstellt, stärken.

Wegen Nutzungskonkurrenz zwischen der Energiepflanzenproduktion für Biogasanlagen und dem Lebensmittelanbau („Tank vs. Teller“) steht die Energiegewinnung aus Biomasse in der Kritik. Aber auch Pflanzen, wie zum Beispiel Zwischenfrüchte oder Wildpflanzen, die keinen zusätzlichen Flächenbedarf verursachen, können zur Biogaserzeugung genutzt werden.

#### **15. Sind Sie für eine generelle Herkunfts-Kennzeichnungspflicht aller LM (Rohware und Verarbeiter)**

Ja

##### **15.1. Wenn ja, wie könnte diese Ihrer Meinung nach aussehen?**

Wir arbeiten derzeit im Bund daran, dass wir auf europäischer Ebene die bestehenden Herkunfts- und Identitätskennzeichnungssysteme überarbeiten, um sämtliche, unverarbeitete Fleischprodukte aller Tierarten „klar, gut erkennbar und einheitlich zu kennzeichnen“. Wir befürworten regionale

Strategien, beispielsweise die klare Identifizierung von regionalen, bayerischen Produkten in Supermärkten. Dazu unterstützen wir die Ausweitung von „front-of-pack-labeling“ mit dem Siegel „Geprüfte Qualität Bayern“.

**16. Wie stellen Sie sich Ernährungssouveränität in Deutschland oder der EU vor, mit dem Hintergrund der Zwangsökologisierung durch API, Umschichtung in die zweite Säule mit gleichzeitigem Import von Lebensmitteln, Futtermilch (Hintergrund: andere Standards, Umweltzerstörung durch Lebensmittelproduktion in anderen Ländern/auf anderen Kontinenten)?**

Niemals zuvor waren Lebensmittel hochwertiger und wurden Tiere besser gehalten als gegenwärtig. Die Versorgung der Menschen mit vielfältigen Lebensmitteln in unserem Land ist Voraussetzung für das deutsche „Wirtschaftswunder“ und die ökonomische Stärke Deutschlands. Damit dies so bleibt, brauchen wir europäische Lösungen statt nationaler Alleingänge in der Landwirtschaftspolitik. Deutsche Landwirte verdienen faire Wettbewerbsbedingungen.

**17. Welche Maßnahmen planen Sie, um der Landwirtschaft Planungssicherheit sowie kostendeckende und faire Preise für die Betriebe zu ermöglichen?**

Wertschätzung für landwirtschaftliche Erzeugnisse schwindet in einer Überflussgesellschaft. Dass die Regale im Supermarkt immer gefüllt sind, ist nicht zuletzt das Ergebnis der nachhaltigen und effizienten deutschen Landwirtschaft. Landwirte müssen mit ihren Betrieben Geld verdienen, damit Produkte auch in Zukunft noch aus Deutschland kommen. Deshalb setze ich mich für eine moderne Agrarpolitik ein, die Lösungen forciert und Einkommen steigert.

**18. Kennen Sie die Düngeverordnung?**

Die Düngeverordnung beschäftigt und ärgert die Agrarpolitiker der FDP im Bund und in den Ländern seit vielen Jahren. Wir haben im Landtag in den letzten fünf Jahren unzählige Petitionen zum Thema bearbeitet.

**18.1. Wenn ja, wie stehen Sie dazu?**

Bei der Umsetzung der Düngeverordnung ist viel schief gelaufen. Vom Melden der Belastungsmesswerte nach Brüssel durch die Union/SPD (als einziger Mitgliedsstaat!) über die oberflächennahe Messung bis zu den Gebietsausweisungen.

Die FDP im Bund und in den Ländern kritisierte das gesamte Vorgehen der damaligen Bundesregierung von Anfang an. Wir fordern in Bayern weiter eine nachvollziehbare und regional differenzierte sowie verursachergerechte Abgrenzung der roten Gebiete und betriebsbezogene, individuelle Anpassungen, wie z.B. einzelbetriebliche Ausnahmen für Betriebe, die besonders gewässerschonend wirtschaften.

**19. Wie stehen Sie zum Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln?**

**19.1. An welcher Stelle sehen Sie Verbesserungsbedarf?**

Diese geplante pauschale Reduktion von Pflanzenschutzmitteln ist ausdrücklich falsch. Vielmehr muss der Einsatz von Landwirten unter ökologischen und ökonomischen Kriterien entsprechend der vorliegenden Bedingungen wie Wetter und Schädlingsdruck geplant werden, wie es auch jetzt gemäß guter fachlicher Praxis schon die Regel ist. Darüber hinaus hätte ein entsprechendes Verbot negative Auswirkungen etwa bei Mulch- und Direktsaatverfahren, die sich aus guten ökologischen und ökonomischen Gründen heute in der landwirtschaftlichen Praxis etabliert haben. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist dabei zur Bekämpfung von Unkraut und Ausfallgetreide unerlässlich. Würde man hier zu häufiger Bodenbearbeitung beziehungsweise zum Pflügen zurückkehren, wäre dies schädlich für die Bodenlebewesen wie Regenwürmer, würde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in die Höhe treiben und würde die Gefahr von Bodenerosion insbesondere bei Extremwetterereignissen wie Starkniederschlägen deutlich erhöhen. Eine Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Technik und Arbeitsweise findet ohnehin laufend statt. GPS- und sensorgestützte Präzisionslandwirtschaft erlaubt schon jetzt eine teilflächenspezifische Behandlung der Bestände mit Pflanzenschutzmitteln, die mit deutlich weniger Aufwandmenge auskommt. Dieser Fortschritt muss für die Betriebe allerdings auch

ökonomisch darstellbar und finanzierbar sein, weshalb eine Integration der Technik in die Betriebe nach und nach sinnvoller ist, als sie mit einer Hau-Ruck-Aktion zu gefährden.

#### **20. Welchen Arbeitsschutz, Rente, etc. planen Sie für Akteure aus der Landwirtschaft?**

Wir unterstützen die SVLFG als Verbund der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Alterskasse, Krankenkasse und Pflegekasse.

#### **21. Planen Sie Maßnahmen zur Entbürokratisierung in der Landwirtschaft und wenn ja, welche?**

Wir haben aktuell im Bund mit der Novellierung des Baugesetzbuches endlich die Möglichkeit geschaffen für Betriebe Bauanträge überhaupt bewilligt zu bekommen! Nachdem die Vorgängerregierung das 16 Jahre nicht hingekriegt hat. Wir wollen eine 1:1 Umsetzung von EU-Recht, das ist v.a. für die Landwirtschaft von großer Bedeutung.

Wir wollen einen Baukosten-TÜV einführen: Im internationalen Vergleich haben wir hierzulande im Bauwesen die höchste Anzahl an Vorschriften, Regulierungen, Normen und Verordnungen. Dem gilt es mittels eines Baukosten-TÜVs Abhilfe zu schaffen, weswegen die Folgekosten einer jeden neuen Norm, eines Gesetzes oder Verordnung hinsichtlich dem Gebot der Wirtschaftlichkeit zu überprüfen sind.

#### **22. Wie stehen Sie zu der Debatte Bauland vs. Ackerland?**

Wir stehen für eine nachhaltige Flächennutzung – trotz umfassender Bauvorhaben. Wir wollen vermeidbare Zersiedelung und Flächenverbrauch verhindern, indem wir Wohn- und Mischgebiete in den neuen Baugebietstyp „Urbane Gebiete“ umwandeln, der eine Nachverdichtung erleichtert. Zudem wollen wir unverhältnismäßiger Bodenversiegelung entgegenwirken. Grundsätzlich wollen wir eher in die Höhe statt in die Breite bauen.

#### **23. Was werden Sie gegen die zunehmende Flächenversiegelung tun?**

siehe Antwort auf 22

#### **24. Wie stehen Sie zu Agri-PV?**

Agri-PV könnte eine Chance bieten, durch Doppelnutzung die Flächenkonkurrenz zu reduzieren. Die derzeit in Bayern laufenden Pilotprojekte sind abzuwarten, um sich eine abschließende Meinung bilden zu können.

#### **24.1 Wie lässt sich der Kampf um Agrarflächen (Agri-PV, Gebäudebau, steigende Weltbevölkerung etc.) vereinen?**

Das Thema Flächenkonkurrenz wird die große Herausforderung die nächsten Jahre. Wir sind gegen starre Obergrenzen. Wenn wir die Flächennutzung in Bayern insgesamt reduzieren möchten, gelingt dies nicht durch Verbote, sondern durch Anreize. Es wäre fatal, wenn wir durch starre gesetzliche Flächennutzungsgrenzen gerade die Räume in ihrer Entwicklung blockieren, die mit den größten Herausforderungen konfrontiert sind. Auch die Pläne der Staatsregierung den Ökolandbau zu steigern und gleichzeitig den Flächenverbrauch reduzieren wollen – diese Rechnung geht nicht auf. Fakt ist, dass der Flächenverbrauch je Ertragsmenge in der biologischen Landwirtschaft im Schnitt um ca. 25 Prozent höher ist als in der konventionellen Landwirtschaft.

#### **25. Die Extremwetter nehmen immer mehr zu und viele Landwirtinnen und Landwirte sind von Trockenheit, Starkregen, Hagel etc. betroffen. Welche Maßnahmen planen Sie diesbezüglich für die**

**Zukunft?** Wir befürworten die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage als steuerlichen Anreiz zur Vorsorge durch Rücklagenbildung und setzen auf Eigenverantwortung und betriebliches Risikomanagement. Dabei muss das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe im Zentrum der Bemühungen stehen. Denn die wiederkehrende Gewährung öffentlicher Ad-hoc-Zahlungen, haushaltswirksamer Unwetterbeihilfen oder öffentlich bezuschusster Liquiditätsdarlehen im Fall einer Naturkatastrophe ist für Bund und Länder nicht nur teuer und verwaltungsintensiv, sondern

den Steuerzahlern ebenso wenig als dauerhafte Lösung vermittelbar wie dem unternehmerischen Berufsstand der Land- und Forstwirtschaft selbst.

Wir müssen uns auf europäischer Ebene darum kümmern, dass wir die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb auf Augenhöhe im Landwirtschaftssektor der EU schaffen. Unsere Landwirte wollen keine Zuwendungen, sondern verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen zur Ausrichtung ihrer Betriebe. Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union muss ihrem Namen wieder gerecht werden. Den berechtigten Bedenken der Landwirte muss die EU-Agrarpolitik mit gleichen Regeln